

PLENUM 2022



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Umfassende Unterstützung für die Ukraine

GABRIELA HEINRICH:

Zwei Wahlen in Europa: Eine Wahl in Europa

CARSTEN TRÄGER:

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird beschleunigt

JAN PLOBNER:

77. Jahrestag der Befreiung des KZ Flossenbürg

MARTINA STAMM-FIBICH:

Treffen der EU-Ombudspersonen in Straßburg

Umfassende Unterstützung für die Ukraine

Deutschland wird schwere Waffen liefern. Ziel bleibt aber die Herstellung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.

Diese Woche haben wir im Bundestag mit einem Antrag unsere umfassende Unterstützung für die Ukraine bekräftigt. Auch schwere Waffen werden wir in die Ukraine liefern. Was unser Antrag aber deutlich macht: Es geht um viel mehr.

Die erste Forderung im gemeinsamen Antrag der Ampel-Parteien, dem sich in letzter Minute auch noch CDU und CSU angeschlossen haben, ist die Forderung nach einem Waffenstillstand. Das Blutvergießen muss schnellstmöglich ein Ende haben. Russland muss den Angriffskrieg gegen die Ukraine stoppen. Wir wollen die ukrainische Regierung dabei unterstützen, in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen Waffenstillstand zu erzielen. Denn eines ist klar: Waffengewalt kann einen Krieg entscheiden, ist aber keine Grundlage für nachhaltigen Frieden in der Ukraine, in Europa oder anderswo.

Die letzten Wochen drehte sich die öffentliche Debatte eigentlich nur noch um die Frage, welche Waffen wir in die Ukraine liefern sollen. Die Antwort der SPD darauf ist die gleiche geblieben: Wir liefern Waffen seit Beginn des Krieges in enger Absprache mit unseren Verbündeten. Die jetzige Entscheidung, auch Flugabwehrpanzer (Gepard) direkt zu liefern, erfolgte

deswegen eng abgestimmt und ist ein gemeinsames Vorgehen. Anders als oft behauptet, hatten sich auch unsere Verbündeten bei Panzern und schweren Waffen bisher zurückgehalten.

Es wäre ein gefährlicher deutscher Alleingang gewesen, aus dem Verbund auszuscheren. Deswegen sind wir froh, dass der Bundeskanzler Olaf Scholz heißt und nicht Anton Hofreiter. Unser Antrag macht deutlich, dass wir fest an der Seite der Ukraine stehen – bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass weder Deutschland noch die NATO zur Kriegspartei werden. In diesem Rahmen unterstützen wir die Selbstverteidigung der Ukraine. Manche kritisieren das als zu viel und sehen in Waffenlieferungen eine Verlängerung des Krieges. Allerdings hat sich in Butscha und anderswo gezeigt, was passiert, wenn die russische Armee ein Gebiet eingenommen hat: Morde, Vergewaltigungen, Folter von Zivilisten – die Liste der Russland vorgeworfenen Kriegsverbrechen ist lang und wird jeden Tag länger.

Wir werden Wladimir Putin gegenüber weiter deutlich machen, dass sein Verhalten einen Preis hat. Die weitreichenden Sanktionen gegen Russland und Belarus – dazu gehört ab August auch ein EU-weites Kohleembargo – wollen wir weiter ausbauen. In un-

serem Antrag fordern wir einen Ausstiegsfahrplan für russische Öl- und Gasimporte und einen EU-weiten Importstopp von Uran und weiteren Rohstoffen.

Wie vielfältig die deutsche Hilfe für die Ukraine ist, macht der Antrag deutlich. Wir werden weiter aus der Ukraine fliehende Menschen aufnehmen, versorgen und ihnen den Zugang zu Schulen, Sprachkursen und Arbeit verschaffen. Wir unterstützen die Ukraine zudem nicht nur mit humanitärer Hilfe, sondern auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit einem Sofortprogramm, das bisher 122 Millionen Euro umfasst. Damit werden Binnenflüchtlinge und Kommunen in der Ukraine unterstützt. Diese Mittel werden jetzt nochmal deutlich erhöht, auch für Moldau und Georgien. Auf europäischer Ebene unterstützen wir den diskutierten Marshall-Plan zum Wiederaufbau für die Ukraine.

Letztlich bleibt unser Ziel – auch das macht der Antrag deutlich – die Herstellung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, die für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit hat und die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen garantiert. Nur das kann eine Grundlage für nachhaltigen Frieden in Europa sein. Dafür werden wir Diplomatie und Verhandlungen brauchen.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Zwei Wahlen in Europa: Eine Wahl in Europa



Sowohl in Frankreich als auch in Slowenien haben sich die pro-europäischen Kandidaten gegen extrem rechte Kräfte durchgesetzt. Das ist ein klares Bekenntnis der Europäerinnen und Europäer dieser beiden Länder. Doch der knappe Wahlsieg Macrons macht auch sehr deutlich, dass rechtsextreme Strömungen nicht zu unterschätzen sind.

Der Erfolg Emmanuel Macrons (Foto) gegen die Rechtsextreme Marine Le Pen ist ein Sieg der europäischen Zusammenarbeit über den Nationalismus. Ein großes Aufatmen machte die Runde am vergangenen Sonntag. Macrons Wiederwahl ist ein wichtiger Impuls für die deutsch-französische Partnerschaft, um Europa gemeinsam weiter nach vorne zu bringen. Gerade in diesen Tagen russischer Aggression ist eine Stärkung des europäischen Zusammenhalts fundamental.

Gleichzeitig kann man nicht einfach ignorieren, dass immerhin 41,5 Prozent der Wählerschaft sich für eine

rechtsextreme Kandidatin entschieden haben. Bei der letzten Wahl in Frankreich war der Vorsprung Macrons noch doppelt so groß gewesen.

"Kleine Ampel" in Slowenien?

In Slowenien heißt der Wahlsieger Robert Golob von der neu gegründeten Freiheitsbewegung. Golob könnte jetzt eine Art Ampel bilden: Gelb und grün ist die ökoliberale Freiheitsbewegung selbst. Mit der sozialdemokratischen SD könnte das Rot noch hinzukommen.

Damit haben auch in Ljubljana pro-europäische Kräfte gesiegt. Der Rechtspopulist Janez Janša von der SDS ist abgewählt. Mit autoritärer Politik, die zum Teil an Viktor Orbán erinnerte, brachte er die slowenische Zivilgesellschaft gegen sich auf. In Brüssel befürchtete man einen massiven Demokratieabbau, sollte Janša wiedergewählt werden.

Als Reaktion darauf schlossen sich dutzende Nichtregierungsorganisationen und Verbände zusammen und starteten eine Mobilisierungskampagne, die auf die demokratische Schiefelage aufmerksam machte. Mit beispiellosem Erfolg: So kletterte die Wahlbeteiligung von 53 Prozent im Jahr 2018 auf nunmehr 70 Prozent.

Aufatmen – und weiter für Demokratie kämpfen

Der äußerst knappe Sieg Macrons und die Geschwindigkeit, mit der Janša in

den vergangenen zwei Jahren einen Systemumbau zum Laufen gebracht hat, zeigen, dass Europa sehr wohl noch ein großes Problem mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen hat. Orban hat gerade erst wieder die Wahlen in Ungarn für sich gewinnen können. Le Pen, Orban, Janša und Freunde sind gut vernetzt und sie alle verbindet ein Muster dessen, was sie erstreben oder bereits durchgesetzt haben: Eine Schwächung der Zivilgesellschaft, Beschneidung der unabhängigen Berichterstattung, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, um nur ein paar Stichpunkte zu nennen. Dem müssen wir als (Sozial-) Demokraten mit Vehemenz entgegenreten. Damit Europa eine für alle gute Zukunft hat, braucht es Aufklärung, Demokratieförderung und eine starke Zivilgesellschaft.

Deshalb haben wir für Deutschland ein umfangreiches Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht, das in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt wird. Mit dem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus werden wir rechte Strukturen und Netzwerke in Deutschland erkennen und zerschlagen.

Ich bin wirklich froh, dass es in Slowenien und Frankreich jetzt so gut gelaufen ist. Der Wunsch nach Freiheit und starkem europäischen Zusammenhalt hat gesiegt, darauf können wir gemeinsam aufbauen.

Foto: Achim Melde/DBT



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird beschleunigt!

Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien war ein zentrales Wahlversprechen der SPD. Durch den Krieg in der Ukraine ist das Thema drängender denn je. Nun starten die parlamentarischen Beratungen zum ersten Gesetzespaket, das das Wirtschaftsministerium vor Ostern vorgelegt hat.



Das sogenannte „Osterpaket“ umfasst zunächst drei Gesetze:

- das zweite Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften
- das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung
- das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor.

Zusammengenommen handelt es sich um die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten. Und weitere Gesetze werden im so genannten „Sommerpaket“ folgen.

Herzstück des Pakets ist der Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Das große Ziel:

Bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus Erneuerbaren bezogen werden. Das Paket soll deshalb neue Flächen für den Ausbau der Photovoltaik bereitstellen, die Beteiligung der Kommunen bei Wind an Land und Photovoltaik ausweiten, windschwache Standorte erschließen und die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Photovoltaikdachanlagen verbessern. Auch für den Ausbau der Windenergie auf See werden wir durch neue Ausschreibungen weitere Flächen nutzbar machen.

Über das Osterpaket hinaus werden wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze beschleunigen, indem Hemmnisse abgebaut und Planungs- und Genehmigungsverfahren verschlankt werden. Der Bundesbedarfsplan für den Netzausbau wird aktualisiert und ergänzt, damit die Netze mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt halten können.

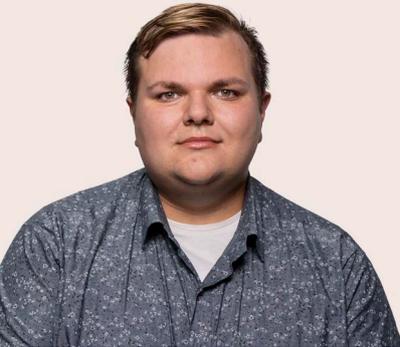
Mit der Abschaffung der EEG-Umlage sollen zugleich die Regelungen für den

Eigenverbrauch und die Privilegierung der Industrie enorm vereinfacht und so ein großer Beitrag zur Entbürokratisierung des Energierechts geleistet werden.

Und schließlich werden die Rechte der Endkunden und die Aufsichtsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur über Energielieferanten gestärkt, um die Strom- und Gasverbraucher zukünftig noch besser zu schützen.

Auch wenn es in vielen Details noch Klärungsbedarf in den Beratungen gibt: Dieses Paket wird ein großer Schritt hin zu Energieunabhängigkeit und Klimaneutralität sein!

Dass auch die CSU sich dem Druck endlich beugt und die 10H-Regel aufweicht, ist begrüßenswert. Aber wir werden genau hinsehen, ob das nicht wieder nur heiße Luft ohne Wirkung ist. Die Frage bleibt: Warum wird diese Regel, die den Windkraftausbau in Bayern zum Erliegen gebracht hat, nicht endlich ganz abgeschafft?



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

77. Jahrestag der Befreiung des KZ Flossenbürg

Am vergangenen Sonntag war ich zu Besuch in Flossenbürg – das ist zwar nicht in Mittelfranken, aber dennoch für meinen mittelfränkischen Wahlkreis von großer Bedeutung. Dort fand der Gedenkakt zum 77. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Flossenbürg statt, das unter anderem ein Außenlager in Hersbruck und Hap-purg hatte.

Auch wenn ich natürlich schon häufig Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus besucht habe, war ich auch dieses Mal sehr bewegt und bin immer wieder erschüttert über das unendliche Leid.

Nur 1500 Häftlinge konnte die US-Armee am Morgen des 23. April 1945 aus dem Konzentrationslager Flossenbürg befreien. Tausende weitere Gefangene befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf einem der sogenannten Todesmärsche durch Bayern oder Tschechien.

Insgesamt rund 100.000 Menschen aus 47 Nationen wurden zwischen den Jahren 1938 und 1945 in das KZ Flossenbürg verschleppt und zu Zwangsarbeit in den umliegenden Steinbrüchen gezwungen. Zehntausende kamen dabei ums Leben oder wurden ermordet. Darunter auch der Pfarrer und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer, den die Nationalsozialisten im April 1945 in dem Lager hinrichteten.

„Das Wissen um die eigene Vergangenheit, zu wissen, was geschehen ist und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen es geschehen ist, ist für die Verteidigung der Demokratie unerlässlich“

Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, hat auf der Veranstaltung in Flossenbürg die richtigen Worte gefunden. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich so etwas nie wieder wiederholen kann. Das stete Gedenken an die Opfer ist dabei von zentraler Bedeutung.

Als Mitglied im Rechtsausschuss des Bundestags, und dort zuständig unter anderem für NS-Unrecht, ist das eine meiner zentralen politischen Leitlinien. Dabei muss klar sein, dass sich Erinnerungsarbeit immer wieder neu erfinden muss.

Jede Generation muss sich ihren eigenen Zugang zu diesem unendlichen Leid und seiner Bedeutung für das Fortbestehen unserer Demokratie schaffen. Nicht zuletzt da immer weniger Überlebende von ihren Erfah-



Jan Plobner ist am 77. Jahrestag der Befreiung des KZ Flossenbürg beim Gedenkakt mit dabei.

rungen berichten können, wenngleich diese Erzählungen natürlich heute und auch in Zukunft von unermesslichem Wert sind.

Eben diese Gewissheit nehme ich mit zurück nach Berlin und Mittelfranken, um auch dort der Gedenkarbeit einen Rahmen zu ermöglichen, Wirkmächtigkeit zu entfalten. Eine Aufgabe, der ich mich als Bundestagsabgeordneter verschreibe, die aber auch weiter eine Aufgabe von uns allen bleibt.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

EU hilft der Ukraine

Beim Treffen der EU-Ombudspersonen in Straßburg werden zentrale Probleme in der Betreuung von Flüchtlingen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.

Der Krieg in der Ukraine hat dazu geführt, dass Millionen von Flüchtenden in der gesamten EU nach einem sicheren Zufluchtsort suchen. Als Reaktion hat die EU erstmals die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz aktiviert, um den Menschen, die aus der Ukraine fliehen, schnelle Hilfe anzubieten. Die Richtlinie ermöglicht den Zugang zu Unterkunft, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Bildung in den Mitgliedsstaaten.

Die Situation der Flüchtlinge in den Mitgliedsstaaten war ein Thema des Treffens des "European Network of Ombudsmen" bei der Konferenz in Straßburg mit Teilnehmern aus 34 Mitgliedsstaaten. Liudmyla Denisova,

Ombudsfrau der Ukraine, berichtete eindrucksvoll von der humanitären Situation in der Ukraine. Vergewaltigungen und Ermordungen von Frauen und Kindern seien an der Tagesordnung, das Leid der Menschen kaum in Worte zu fassen. Sie bedankte sich ausdrücklich für die Unterstützung der EU.

In den aufnehmenden Ländern gibt es neben der Wohnungssuche für Flüchtlinge ein weiteres zentrales Problem: Es gibt zu wenige Psychologen, die traumatisierte Menschen unterstützen können. Alleine Polen hat bislang drei Millionen Flüchtlinge, darunter 700.000 Kinder aufgenommen. "Wir brauchen nicht nur mehr Psy-

chologen, sondern auch welche, die ukrainisch können", sagte Hanna Machinska, stellvertretende Ombudsfrau Polens. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die in 2022 geschaffenen Rechte für Flüchtlinge als Standard in der EU für die Zukunft beibehalten werden sollen.



Teilnehmer aus 34 Ländern sind beim Treffen der EU-Ombudspersonen vertreten.

Mindestlohn steigt ab Oktober auf zwölf Euro

Das Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung war in 1. Lesung im Bundestag. Der Mindestlohn wird zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro erhöht.

Wer ein geringes Einkommen bezieht, hat ab Oktober mehr Geld im Geldbeutel. Für über sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das eine Lohnerhöhung und ein Lohnplus von 22 Prozent. Viele davon arbeiten in sozialen Berufen, sind Frauen oder leben in Ostdeutschland.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil betont, die geplante Erhöhung bedeute auch "mehr Respekt für diejenigen, die Tag für Tag dafür sorgen, dass der Laden läuft, die Großes leisten und das oftmals für kleines Geld". Es gehe dabei etwa um Verkäuferinnen, die in einer Bäckerei arbeiten, um Helferinnen und Helfer in der Landwirtschaft oder um Friseurinnen und Friseure.

Klar ist aber auch: Der Mindestlohn ist nicht der Goldstandard, sondern der Mindeststandard. Goldstandard sind Tarifverträge und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

In Deutschland war 2015 erstmals eine gesetzliche Lohnuntergrenze in Kraft getreten. Heil kündigt an, dass künftig weitere Anpassungen durch die Mindestlohnkommission vorgenommen werden müssen. Die nun vorgesehene Anhebung auf zwölf Euro als Lohnuntergrenze entspreche 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll mit der Mindestloohnerhöhung auch die Geringfügigkeitsgrenze auf zehn Stunden Wochenarbeitszeit und 520 Euro monatlich erhöht werden.